

Ernste Mahnungen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1904)**

Heft 19-23

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-803059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das interparlamentarische Bureau in Bern, dessen Administrator Nationalrat Dr. Gobat ist, hat nun an die Mitglieder des interparlamentarischen Rates eine Zuschrift gerichtet, welche bemerkt, Roosevelts Zusicherung betreffend die Einberufung einer Friedenskonferenz habe die Bedeutung eines historischen Ereignisses. Der Präsident der Vereinigten Staaten werde zweifellos alle Energie anwenden, damit das Ziel erreicht werde. Indem die Union Roosevelt ersuchte, eine neue Konferenz einzuberufen, habe sie sich indirekt verpflichtet, seine Schritte zu unterstützen. Das interparlamentarische Bureau richte daher an die Mitglieder des interparlamentarischen Rates die Bitte, bei den Regierungen allen Einfluss aufzubieten, damit der Einladung des Präsidenten Roosevelt ein günstiger Empfang zuteil werde und die zweite Haager Konferenz zustande komme.

Inzwischen hat Staatssekretär Hay das Kreisschreiben, welches alle grösseren Staaten zur Beschickung einer zweiten internationalen Friedenskonferenz im Haag auffordert, abgesandt. Folgende Staaten sollen bereits ihre Zustimmung zur Beschickung der Konferenz gegeben haben: England, Vereinigte Staaten, Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Niederlande, Chile, Argentinien, Peru und Brasilien.

Die Schweiz wird sich selbstverständlich ebenfalls daran beteiligen.

Ernste Mahnungen.

Russland ist von Japan geschlagen! Ob es diesem ungeheuren Reiche gelingen wird, sich aufzuraffen und den vordringenden Gegner schliesslich zurückzuwerfen, ist eine Frage, die unbeantwortet bleiben kann — heute ist Russland geschlagen!

Aus dem Verlaufe dieses Krieges werden alle, welche an die Verteidigung ihres Landes gegen fremde Eindringlinge denken, den Schluss ziehen, dass die Armee gut organisiert, gerüstet, schlagfertig sein muss — dieses allein gibt dem von Natur Schwächeren möglicherweise die Ueberlegenheit über den nachlässigen Stärkeren.

Aber arbeiten denn die „Kulturvölker“ nicht unablässig daran, gerüstet zu sein, besser gerüstet als andere? Und haben diese endlosen Rüstungen den unglückseligen Krieg verhütet?

Ist es unmöglich, aus der russischen Niederlage nicht nur einen kriegerischen Schluss, sondern auch eine friedliche Lehre zu ziehen?

Man wird nach Schuldigen suchen und sie finden; und doch sollte man weniger Menschen und Systeme verurteilen, als die Krankheit heilen, die so unermessliches Elend über die Menschheit bringt: die Herrschsucht, die Ländergier.

Die Friedensidee hat schon so feste Wurzeln gefasst, dass — wenn die Friedensfreunde eifrig weiter arbeiten — wir die Hoffnung hegen dürfen, in Europa werde es zu keinem Schlachten mehr kommen; die Mächtigen fürchten sich auch schon vor der grossen Verantwortlichkeit, die diejenigen trifft, die Kriege provozieren. Aber in Afrika, in Asien glaubt man fremde Völker unterjochen zu dürfen, um sie auszubeuten; man glaubt, sie niedermähen zu sollen, wenn auch sie nach Freiheit dürsten, nur weil der Weisse sich erhaben fühlt über andere Menschen, weil er die Macht seiner höheren Kultur in ihren Ausartungen lange ungestraft missbrauchen konnte.

Andere Zeiten kommen! Wie hat sich England, das stolze Weltreich, obgleich schliesslich „Sieger“, in Transvaal verrechnet? Der Löwe aus dem Stamme Juda schlug Italien bei Adua, und heute verjagt der Asiate den gewaltigen, gefürchteten Russen.

Das sind noch vereinzelt Fälle, ernste Mahnungen aber. Europa täusche sich nicht. Unsere neue Zeit verlangt freien, friedlichen Kulturfortschritt in allen Weltteilen, nicht Knechtung, nicht Krieg.

Dem Frieden gehört die Zukunft, dem Frieden auf Erden. A. B.

Stimmen der Presse.

Die Aeusserungen der Presse in bezug auf die Friedensbewegung sind für uns stets von Interesse, zeigen sie doch einerseits, wie weit diese Leiterinnen der öffentlichen Meinung in ihrer eigenen ethischen Entwicklung vorangeschritten sind, und andererseits auch, wie stark der Einfluss der Friedensfreunde auf die öffentliche Meinung gewirkt hat, so dass die Presse es wagt, der Friedensbewegung das Wort zu reden. Der scheinbare Widerspruch in obigem Satze löst sich auf, wenn wir hinzufügen, dass wohl ganz besonders von der Presse das Wort gilt: Sie glaubt zu schieben und sie wird geschoben.

Der in Waldshut erscheinende „Alb-Bote“ schreibt in einem Artikel über die Absicht Roosevelts, eine neue Friedenskonferenz einzuberufen:

„Wir glauben freilich nicht, dass schnelle Erfolge von der allgemeinen Friedensbewegung zu erwarten sind; die Arbeit ist langsam und schwer, sie erfordert die Aufopferung vieler aus allen Landen. Aber der Gedanke, der die Friedensbewegung leitet und begeistert, wird sich trotz der notwendigen Realpolitik doch auf dem Gebiete des Völkerverkehrs wirksam erweisen. Die scheinbar unlösbare Frage, wie die Sprüche eines künftigen Völkergerichts auf anderem Wege als auf dem der Gewalt vollstreckt werden sollen, findet ihre Beantwortung auch in dem, was täglich geschieht. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen tut im Verkehr von Mensch zu Mensch das Rechte, nicht nur weil sie durch äussere Gewaltmittel dazu gezwungen wird, sondern weil sie in der Pflicht, das Rechte zu tun, erzogen ist und sich von selbst dazu zwingt. Im Völkerverkehr kann man sich ebenfalls allmählich diesem Zustand annähern. Hunderte von Verträgen bestehen schon jetzt auf den verschiedensten Gebieten alles menschlichen Wirkens zwischen den verschiedensten Völkern, und sie alle werden gehalten, nicht nur weil eine überlegene äussere Gewalt die Völker dazu zwingt — das ist allerdings indirekt stets der stärkste Anstoss hierzu — sondern auch, weil es den Völkern und den sie leitenden Personen als selbstverständlicher Trieb geworden ist, das Rechte zu tun, Sitte und Pflicht zu folgen.

„Selbst im Kriege, wo nach einer längst überlebten Regel alter Anschauung die Gesetze schwiegen, schweigen sie jetzt nicht mehr. Die Genfer Konvention, der Pariser Vertrag, der Petersburger Vertrag, alle diejenigen Satzungen, welche schon jetzt Gesetze enthalten, werden im Kriege und im Lärme der Schlachten gleichzeitig nur deswegen gehalten, weil die Pflicht, sie zu halten, in das öffentliche Pflichtbewusstsein unausrottbar eingedrungen ist, und die Tatsache, dass man vereinzelt Uebertretungen dieser Gesetze als Pflichtverletzungen brandmarkt, ist ein Beweis für die feste Einwurzelung dieser Gesetze selbst. Nur darum handelt es sich, das Gebiet dieses öffentlichen Pflichtbewusstseins zu erweitern und zu vertiefen. Die Erfahrungen des letzten Krieges, in dem die ganze furchtbare Wirksamkeit moderner Zerstörungsmittel sich zeigt, sollten bei allen Kulturnationen den festen Vorsatz zeitigen, nach Kräften zur Vermeidung solcher Katastrophen durch internationale Vereinbarungen beizutragen.“